Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 75. Freitag den 30. März. 1849.

Bekanntmachung.

Einer Benachrichtigung des Großbritanischen General-Post-Amts zufolge hört der Gang der seither regelmäßig einmal in jedem Monate coursirenden Packetboote zwischen dem vereinigten Königreiche und Sydney in Neu-Süd-Wales mit dem 29. d. M. bis auf Weiteres auf. Es können daher Briefe und Zeitungen aus Preußen nach Australien auf dem Wege über England für jetzt nur durch Privatschiffe befördert werden.

Das correspondirende Publikum wird hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß für die gedachten Briefe von jetzt ab nur die gewöhnlichen Schiffsbriefsätze in Anwendung kommen werden, welche um 4 Pence für den einfachen Brief billiger sind, als die bisher für die in Rede stehende Correspondenz zu entrichten gewesenen Sätze.

Berlin, den 24. März 1849.

General-Post-Amt.

Inland.

Berlin, den 29. März. Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Oelsen ist von Vietnitz hier angekommen.

PC Berlin, den 26. März. Das ehrsame Institut der Bürgerwehr mußte in der heutigen Sitzung der ersten Kammer vielen Spott ertragen. Es wurde ein Antrag empfohlen, der eine der wichtigsten Arbeiten unserer aufgelösten National-Versammlung, das Bürgerwehrgesetz — den Weg alles Irdischen gehen hieß. Der Antrag war gewiß ein unzeitiger. Die große Frage, welche ihm zu Grunde liegt, ob es in Preußen nöthig sei, daß das Volk mit den Waffen in der Hand sich seine Freiheiten wahre, ob es für seine Rechte nicht ein anderes Palladium hat, als seine Bürgerwehr mit allen ihren Jämmerlichkeiten und Vorzügen — diese Frage muß sicherlich im Zusammenhange mit den Grundzügen unseres Staatsgrundgesetzes entschieden werden. Wer möchte leugnen, daß der Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit, das Rechtsbewußtsein, welches im Volke lebt, seiner Freiheit ein stärkerer Wall ist, als Nationalgarden, welche ihre Waffen gegen die Empörung oder gegen Gesetz und Ordnung kehren, je nachdem sie der Sturm der Parteileidenschaft erschüttert. Mit dem Abgeordneten für Guben fragen wir, was hat den Nachbarn jenseits des Rheins die Bürgerbewaffnung zur Freiheit geholfen? Aber dennoch wäre es ein vermessener Leichtsinn, wollten wir theuer erkaufte Rechte von uns werfen, weil sie gemißbraucht oder nicht in der rechten Weise gebraucht worden sind.

Als bemerkenswerth verdient aus der Rede des Hrn. v. Kirchmann in der heutigen Kammersitzung hervorgehoben zu werden, daß er den dringenden Wunsch aussprach, die Frankfurter National-Versammlung möge jetzt auseinandergehen, da sie über die Deutsche Hauptfrage für jetzt doch zu keinem Resultat gelangen könne. Denn einerseits entspräche die Bildung eines kleineren Bundesstaates der Idee des Deutschen Volkes nicht, andererseits aber sei die Herstellung eines großen, alle Deutschen Lande umfassenden Bundesstaates für den Augenblick eine Unmöglichkeit. Herr v. Kirchmann hält einen allgemeinen Europäischen Krieg für ein erhebliches Förderungsmittel der Deutschen Einheit, er glaubt aber nicht, daß ein solcher demnächst zu erwarten stände, und zwar aus zwei Gründen, aus einem negativen und einem positiven. Der erstere ist ihm das Schweigen der Regierung über diesen Punkt, während sie doch, wenn eine solche Gefahr wirklich drohe, die betreffenden Mittheilungen auf den Tisch des Hauses niederzulegen verpflichtet sei. Den zweiten Grund findet er darin, daß die Regierung durch ihre neuesten Gesetze die Freiheiten des Volkes, dessen sie im Kriege zumeist bedürfe, immer mehr beschränke. Eine wirkliche Gefahr werde er erst dann sehen, wenn die Regierung sich beeile, dem Volke die ihm zustehenden Freiheiten im vollsten Maaße zu gewähren.

CC Berlin, den 27. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Adreßdebatte beendigt; außerdem auf Antrag der Abtheilung die Freilassung Gronewegs für die Dauer der Sitzung einstimmig angenommen; auch v. Manteuffel und v. d. Heydt stimmten dafür.

Berlin, den 28. März. Heute findet bei dem Minister v. Manteuffel wieder eine Soirée statt, wozu die Abgeordneten beider Kammern, die Minister, das diplomatische Corps, so wie viele Militair- und Civilpersonen eingeladen sind. Am 31sten findet bei dem Ministerpräsidenten Gr. Brandenburg eine Reunion statt. Man hofft hier alle diplomatischen, parlamentarischen und litterarischen Notabilitäten Berlins vereinigt zu sehen.

— In sämmtlichen Abtheilungen der zweiten Kammer ist der Plan besprochen und von der Majorität gebilligt, während des Osterfestes die Sitzungen auf 7—8 Tage auszusetzen.

— Einige Mitglieder der Rechten werden bald nach Beendigung der Adreßdebatte den Antrag auf Publikation der Deutschen Grundrechte stellen, welcher Antrag sich jedenfalls der Unterstützung eines großen Theils dieser Kammerpartei zu erfreuen haben wird. Daraus erklärt sich denn auch die vorgestrige Abstimmung, wie das Auftreten des Herrn v. Vincke. Der konservativen Kammerpartei kam es vor Allem darauf an, die Adresse und mit ihr die Anerkennung der Verfassung vom 5. December festzustellen.

— Die sogenannte eigentliche Linke, oder die Partei Rodbertus-Phillips-v. Berg hat nunmehr auch ein eigenes Programm aufgestellt, welches von 49 Abgeordneten unterschrieben ist, und wörtlich also lautet:

„1) Wir sind, gestützt auf die Gesetze vom 6. und 8. April v. J., der Ueberzeugung, daß die Verfassung vom 5. Decbr. 1848 ohne vorgängige Vereinbarung darüber mit den, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, Vertretern des Volks rechtsgültig nicht erlassen werden konnte, und also zu ihrer Rechtsgültigkeit noch der Annahme der Volksvertretung bedarf. 2) Wir wollen jedoch, das Gewicht der obwaltenden Umstände anerkennend, und um des von dem Lande gewünschten Friedens willen, aber unbeschadet unseres und des Volksrechtes, den in der Verfassungsurkunde vom 5. December v. J. bezeichneten Weg der Revision derselben betreten, um in schneller und friedlicher Weise den gestörten öffentlichen Rechtszustand wieder herzustellen und diejenigen Verbesserungen der Verfassung zu erlangen, welche zur Begründung einer democratisch-constitutionellen Monarchie unerläßlich sind. 3) Wir werden bei der Revision vor Allem die ungeschmälerte Aufrechthaltung der Rechte verlangen, welche dem Volke durch die Gesetze vom 6. und 8. April und vom 24. September v. J. bereits gegeben sind, und werden für Annahme der Verfassung stimmen, sobald sie nur wenigstens mit diesen Gesetzen in Einklang gebracht sein wird, und das allgemeine Wahlrecht unbeschränkt erhält. 4) Eben so wird unsere Thätigkeit auf die Feststellung aller der organischen Gesetze gerichtet sein, welche unentbehrlich sind, um die allgemeinen Grundsätze der Verfassung in das Leben und die Wirklichkeit überzuführen, namentlich die ländlichen und gewerblichen Verhältnisse zu ordnen und das Loos der arbeitenden und ärmeren Klassen der Bevölkerung soweit zu verbessern, als dies im Wege einer gerechten Gesetzgebung möglich ist. 5) Wir werden auch unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart unsere ungetheilte Hingebung an die Deutsche Einheit stets bethätigen. Wir glauben, daß die sofortige Annahme und Publikation der Deutschen Grundrechte von Seiten Preußens dazu der sicherste Weg ist. 6) Wir wollen endlich eine von fremden Einflüssen unabhängige, nationale auswärtige Politik, welche die Deutschland und Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und Ehre der wahren Interessen des weitern und engern Vaterlandes und der nothwendigen Entwickelung der Europäischen Völkerfamilien geltend macht.

Berlin, im März 1849.

Hildenhagen. v. Unruh. Haak. Schneider (Schönebeck). Schwickerath. Knauth. Parrisius. Moritz. Eberty. Müller (Zell). Müller (Brieg). Pax. Phillips. Kirchmann. Pfeiffer. Ludwig (Mühlhausen). Broich. Heinze. Schellenberg. Bliesener. Hansen. Hesse. Dörk. Elkemann. Schöne. Staud. Motherby. Behrends. Pflücker. Schulze (Delitzsch). Rodbertus. v. Berg. Arntz. Zorn. Bauer (Krotoschin). Scheele. Bleibtreu. Grüne. Bruchhausen. v. Schirnding. Herr. Becker. Pelzer (Aachen). Mödersheim. Frießem. Riotte. Pilet."

In Uebereinstimmung mit diesem Programme wird die Partei sofort einen Antrag in die Kammer bringen, zu beschließen, daß das Ministerium aufgefordert sei, die Publikation der Deutschen Grundrechte durch die Gesetzsammlung zu bewirken.

— Wir haben das wichtige Unternehmen der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft stets mit Wärme empfohlen, und sind deshalb um so mehr erfreut, jetzt mittheilen zu können, daß gestern Nachmittag um halb 6 Uhr der Grundstein zu dem ersten Gesellschaftshause, in der Ritterstraße 28, gelegt ist. Wir theilen die nachfolgenden Denkzeilen mit, welche in dem wohlverschlossenen Grundstein für die, hoffentlich späteste, Zukunft aufbewahrt werden:

„In Gottes Namen wurde heute von der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft der Grundstein dieses Hauses gelegt, mit dessen Bau wir die Ausführung des in unsern Statuten ausgesprochenen gemeinnützigen Werkes beginnen. Wir thun dies mit der Hoffnung, daß unter göttlichem Segen und mit Hilfe und Nacheiferung wahrhaft freier Männer in diesem unscheinbaren Anfang der erste Schritt gethan werde auf einer Bahn, deren Ziel die Lösung einer der dringendsten Aufgaben der verhängnißvollen stürmischen Gegenwart, die Begründung einer der sichersten Bürgschaften einer glücklichen Zukunft des deutschen Vaterlandes ist: die Verwandlung eigenthumsloser Arbeiter in arbeitende Eigenthümer." Berlin, den 27. März 1849. Der Vorstand der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft.

Berlin, den 28. März. Zur Berichtigung der von mehreren Seiten im Publikum verbreiteten Nachrichten über eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April sehen wir uns in Stand gesetzt zu melden, daß die Königlich Dänische Regierung sich dahin erklärt hat, bis zum 3. April die Waffenruhe in jeder Beziehung faktisch fortbestehen zu lassen. (St. A.)

— Das 18. Landwehr-Regiment ist vorgestern Abend mit dem Bahnzuge aus Posen hier eingetroffen, um, nachdem es einen Ruhetag gehalten, nach Schleswig weiter befördert zu werden.

— Es ist hier gegenwärtig ein in vielen Tausend Exemplaren gedrucktes, mit einem schwarzen Rande versehenes Namensverzeichniß der Preußischen Abgeordneten in Umlauf, welche in Frankfurt a. M. gegen das Preußische Erbkaiserthum gestimmt haben.

Breslau, den 27. März. Nach einer uns heute zugekommenen glaubwürdigen Nachricht aus Wien sind in Folge des siegreichen Vordringens des Bemschen Corps bei Hermannstadt neuerdings 20,000 Russen in Siebenbürgen eingerückt. Hermannstadt wurde von Bem bald wieder geräumt; seine Soldaten sollen indeß während der kurzen Zeit ihres Aufenthalts allda fürchterlich gehaust und gegen 2 Stunden lang geplündert haben. Die Festung Komorn wird zwar noch immer von der Besatzung behauptet; man glaubt jedoch noch immer, daß Letztere bei einem ernstlichen Sturme Seitens des Belagerungskorps auf die Festung einen nicht zu großen Widerstand entgegensetzen, sondern daß ein Theil derselben bei einer solchen Gelegenheit zur kaiserlichen Armee übergehen werde. Einen vor einigen Tagen aus der Festung vorgenommenen Ausfall haben gegen 450 Mann benutzt, um zur kaiserl. Armee überzugehen. Dieselben wurden sofort nach Wien escortirt und kamen dort gestern Nachmittags an. An ein Vordringen der in diesem Augenblick an der Theiß stehenden kaiserlichen Armee soll vor der Hand noch nicht zu denken sein.

Greifswald, den 22. März. Das hiesige Stadtgericht hat das Urtheil erster Instanz gegen die wegen Betheiligung an den tumultuarischen Scenen des 5. Februar Angeklagten jüngst ausgesprochen. Es lautet auf Zuchthausstrafe von resp. 15, 6, 4 und 3 Jahren. Gegen einen Angeschuldigten ist auf viermonatliche Gefängnißhaft erkannt; ein Anderer ist zwar freigesprochen, aber zu den Kosten verurtheilt.

Bremen, den 26. März. Die deutsche Dampffregatte „Acadia," ist gestern Nachmittag in Bremerhaven wohlbehalten angekommen, wodurch die falschen Gerüchte englischer Blätter, welche einen unbedeutenden Unglücksfall, der diesem Schiffe an der holländischen Küste begegnete, gröblich übertrieben hatten, hinlänglich widerlegt werden. (W. Z.)

Frankfurt a. M., den 24. März. (O. P. A. Z.) 194ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Nachmittagssitzung.) Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung.

Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Es wird sogleich zur Fortsetzung der Abstimmung geschritten, und folgende Paragraphe werden angenommen:

Artikel VII.

§. 33. Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgränze mit Wegfall aller Binnengränzzölle. Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zollinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen. §. 34. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, so wie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung. §. 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, so wie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern, geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweggenommen, das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen. §. 36. Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt. §. 37. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgränze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen. §. 38. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze. §. 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen. §. 40. Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.

Artikel VIII.

§. 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrolle. Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Course im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen. §. 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden. §. 43. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, insofern es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reichs in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten. §. 44. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Weitere Bestimmungen hierüber, so wie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr, sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

Artikel IX.

§. 45. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen. §. 46. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen.

§. 47. Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

Artikel X.

§. 48. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichs wegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reichs zu bestreiten. §. 49. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Productions- und Verbrauchssteuern angewiesen. §. 50. Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikular-Beiträge aufzunehmen. §. 51. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, so wie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren.

Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, 26. März. Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung der Reichsverfassung.

Frankfurt a. M., den 27. März, halb 7 Uhr Abends. In der heutigen Sitzung ist das suspensive Veto auch für die Abänderungen in der Verfassung angenommen worden. Man stimmt so eben über das Reichs-Oberhaupt ab; ich werde das Resultat noch heute Abend melden.

Halb 9 Uhr Abends. Es ist angenommen worden mit 279 gegen 255 Stimmen, daß die Würde des Reichs-Oberhauptes einem der regierenden Deutschen Fürsten übertragen werde; mit 267 gegen 263 Stimmen, daß die Würde erblich ist; ohne Stimmenzählung, daß das Reichs-Oberhaupt den Titel „Kaiser der Deutschen" führen dürfe.

Halb 10 Uhr Abends. Die Paragraphen 71 bis 85 sind angenommen worden nach den Vorschlägen des Verfassungs-Ausschusses, jedoch der Paragraph 81 in der Fassung der ersten Lesung.

Der Abschnitt: der Reichsrath, ist verworfen worden mit einer Mehrheit von 24 Stimmen, und das Wahlgesetz nach den Beschlüssen der ersten Lesung, also einschließlich der geheimen Stimmen, angenommen. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß morgen das Reichs-Oberhaupt gewählt werden soll.

(Telegraphische Depesche des Staats-Anzeigers.)

Leipzig, den 26. März. Die am 24. d. Mts. hier angelangte baierische Zwölfpfünderbatterie ist Tags darauf abgegangen. Gestern marschirte ein baierisches Bataillon durch, und heute langte wieder eine baierische Sechspfünderbatterie hier an, die morgen abgehen wird. Alle diese Truppen nehmen den Weg auf der Magdeburger Eisenbahn nach Schleswig-Holstein. Das in der Umgegend zusammengezogne Garde-Reiterregiment ist über Landsberg ebendahin abmarschirt.

Freiburg, den 22. März. (Freib. Z.) **Prozeß gegen Struve und Blind.** Das Zeugenverhör war in der gestrigen Sitzung mit der Wegnahme der Zollamtskasse zu Kadelburg geschlossen worden. Heute wurde dasselbe von da an fortgesetzt und bis zum Ende des Zuges verfolgt. Darauf begann das Zeugenverhör über die Septemberereignisse. Im Ganzen sind jetzt gegen 30 Zeugen vernommen. — Nachdem die Zeugen über die Wegnahme zweier öffentlicher Kassen in Säckingen verhört waren, wurde sogleich zu dem Gefechte bei Günterstal übergegangen, worauf eine Reihe von Aktenstücken zur Verlesung kommen, mit Struve's Unterschrift versehene Aufrufe zu bewaffnetem Zuzuge und andere auf Organisation des Freischaaren-Zuges bezügliche Dokumente, Erklärungen von Gemeinden, Beschlüsse von Volksversammlungen und dergleichen. Ueber den Septemberaufstand, und zwar vorerst über die Ereignisse in Lörrach, wurden zehn Zeugen vernommen. Darunter bereiten einige den Angeklagten, Struve sowohl wie Blind, einen harten Stand, obgleich nicht geleugnet werden kann, daß Beide, besonders aber Struve, mit vielem Geschick und Talent die für sie vortheilhaftere Seite hervorzukehren suchen. Der Einfall, die Proklamirung der Republik, die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die Verhaftung der Beamten, Beschlagnahme der Kassen, Aufbietung der bewaffneten Mannschaft unter Androhung des Standrechts, die Maßregeln der Gewalt gegen einzelne Personen, wie gegen den praktischen Arzt Kaiser und besonders gegen den Postmeister Martin, die Loskaufung solcher, die man zu dem Anschluß an den Freischaarenzug für verpflichtet erklärt hatte u. s. w. bildeten die Hauptpunkte des äußerst interessanten Verhörs. Dabei stellte sich jetzt schon die unzweifelhafte Thatsache heraus, daß das Unternehmen bei der Bürgerschaft der Stadt Lörrach keineswegs den Anklang gefunden hat, wie man bisher wohl meistens geglaubt hatte, daß die Stadt vielmehr damit zu einer Zeit, wo die Wenigsten die Wiederkehr eines „erneuten Gründonnerstags" erwarteten, mit der Republik überrumpelt worden war, nachdem der Gemeinderath schon auf unbestimmte Gerüchte hin eine Deputation aus seiner Mitte nach Basel gesendet hatte, um sich zu erkundigen, und die republikanischen Führer von dem Einfall abzumahnen. Zwar kamen nur 13 Flüchtlinge damals aus Basel, die aber sofort eine bedeutende bewaffnete Unterstützung auf dem Wege fanden. An sie schlossen sich dann auch Einwohner von Lörrach an. —

— 23. März. In der heutigen Sitzung wurde mit dem Zeugenverhör fortgefahren. Bis jetzt sind etwa 50 Zeugen vernommen; nicht viel weniger sind noch abzuhören.

Wien, den 25. März. (Schles. Ztg.) Die Nachricht von **Bem's** Einzug in Hermannstadt wird nun im heutigen „Lloyd" mit folgenden Worten gegeben: „Aus Siebenbürgen sind uns betrübende Nachrichten zugekommen. F.-Z.-M. **Puchner** war an der Spitze seiner Truppen siegreich gegen die Szekler vorgedrungen. Während der Zeit hatte der Insurgentenchef **Bem** seine Schaaren gesammelt und war mit 12,000 Mann wider das von 3000 Mann Russischer Truppen besetzte Hermannstadt gezogen. Die letzteren widerstanden tapfer dem ihnen so weit überlegenen Feinde, zogen sich aber nach mehrstündigem Kampfe aus Hermannstadt zurück, gefolgt von zahllosen flüchtenden Einwohnern. **Bem** rückte darauf in die Stadt ein, wo von seinen Schaaren große Verheerungen angerichtet wurden. Nach einigen Stunden zog er sich jedoch wieder aus derselben zurück."

Wien, den 26. März. Das heute Morgen erschienene 30ste Armee-Büllетin enthält die Details über die schon gestern Nachmittags eingetroffene Nachricht eines glänzenden Sieges der k. k. Armee in Italien. Feldmarschall Radetzky, der am 19. seine Hauptmacht bei Pavia versammelt hatte, überschritt am 20. den Ticino in 3 Kolonnen. **Mortara** wurde mit der größten Tapferkeit angegriffen und erstürmt. Nach 3 Stunden war der Feind auf allen Seiten geworfen. 2500 Gefangene, 6 Stabs- und 50 Oberoffiziere, 5 Kanonen, 10 Munitionskarren, eine Masse weggeworfener Waffen sind die Trophäen dieses ersten Sieges. Der Feldmarschall setzte den 22. in zwei Kolonnen, die eine von Mortara über Vespolate, die andere von Vigevano über Trecate, seinen Marsch gegen Novara fort.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 25. März. Die Zeugen-Aussagen bei dem Prozesse in **Bourges** bieten wenig Interesse mehr, da dieselben größtentheils Wiederholungen des früher Ausgesagten sind. Doch ist zu bemerken, daß nach den Angaben und Beweisen des Zeugen Monnier, Divisions Chefs in der Polizei-Präfektur, **Huber**, das Haupt des 15. Mai, von 1830 bis 1839 ein bezahltes Werkzeug der Polizei Louis Philipps war. Auf diese Weise enthüllen sich allmälig die **reinen** Charaktere der Revolution. Man erwartet, daß mit dem Verlauf dieser Woche der Prozeß in Bourges sein Ende erreichen werde.

— Zu Bourges dauert das Zeugenverhör in dem Prozeß gegen die Mai-Angeklagten noch fort. Unter den in den letzten Tagen verhörten Zeugen waren mehrere Repräsentanten und Offiziere der Nationalgarde, so wie die ehemaligen Regierungs-Mitglieder François Arago und Recourt. Als F. Arago den Saal verließ, wurde er von einem anderen Zeugen, der ihn beschuldigte, daß er gegen Sobrier zu barbarisch gehandelt habe, gröblich insultirt, durch die Umstehenden aber gegen seinen Angriff in Schutz genommen. Er setzte später seine Aussagen fort, ohne daß des Vorfalls Erwähnung geschah. **Giroux**, ein Belastungszeuge, Oberzollbeamter, behauptet, daß er es gewesen sei, der dem General Courtais das Kreuz der Ehrenlegion am 15. Mai von der Brust gerissen habe. Indem der Zeuge diese Worte wiederholte, erhob sich Courtais und rief: „Ha! wo ist der Schuft, der es gewagt, seine Hand an meinen Degen zu legen und mir das Kreuz abzureißen, das ich auf dem Schlachtfelde an der Spitze des braven 7ten Dragoner-Regiments erwarb?" Diese Heftigkeit des alten Generals verursachte einige Augenblicke lang große Bewegung im Saale.

— In dem Prozeß zu **Bourges** sind bereits über 150 Zeugen vernommen. Die beiden letzten Sitzungen bieten wenig Interesse, doch läßt sich im Allgemeinen wahrnehmen, daß die Zeugenaussagen eher be- als entlastend für die Anklagten sind.

— Das Ministerium beabsichtigt die **Wiedereinführung** des **Zeitungsstempels** mit der Maßgabe, daß, wo früher 5, fortan 2, und wo früher 6, in Zukunft 3 Cent. gezahlt werden sollen.

— Die Protestationen gegen Aufhebung der Clubs häufen sich. Die Morgenblätter enthalten deren abermals zwei: 1) Protestation des socialistischen Wahlausschusses des Seine-Departements; 2) Protestation der Studenten in ihrer Zeitung „Avantgarde". Trotz aller Protestationen wird das drei Mal aufgewärmte Clubgesetz doch durchgehen.

— Die jüngst gestorbene verwittwete Königin von Sardinien, eine Schwester der früheren Königin der Franzosen, hat ihr sehr bedeutendes Vermögen zum Theil auch ihren Neffen, den Söhnen Ludwig Philipps, vermacht. Außerdem erhalten sie noch ein schönes, bei Annecy, in Savoyen, gelegenes Schloß.

— Kürzlich starb hier ein Advokat, Gerard de Bury, in dem seltenen Alter von 103 Jahren. Er hatte vor 70 Jahren 1000 Frs. (250 Thlr.) in eine Sparkasse niedergelegt und bezog seit einigen Jahren daraus eine Rente von 30,000 Frs. (7500 Thlr.)

— Ehe sich Proudhon am 21. in die Sitzung begeben wollte, traf ihn im Vorsaal ein Blutschlag. Zwei befreundete Aerzte leisteten ihm auf der Stelle die nöthige Hülfe, so daß der Vorfall weiter keine Folgen hatte.

— Cabet ist nicht todt, sondern wohl und munter in Texas bei seinen Freunden, unter denen fürchterlich intriguirt worden zu sein scheint, den Enthüllungen und Briefen nach zu urtheilen, welche die Révolution und der Populaire heute von Cabet „Garanten von Ikarien" veröffentlichen.

— Der Handelsminister zeigt an, daß die Regierung der nordamerikanischen Freistaaten von jetzt an **keinem** Fremden mehr die Ausfuhr von Gold oder sonstigen edlen Metallen aus Californien gestatte. Diese Anzeige wird Aufsehen und Entsetzen unter den Rhedern von Bordeaux und Havre, welche hier die Menge herbeilocken, erregen.

— Seit der am 1. Januar eingetretenen Porto-Ermäßigung werden jetzt täglich 124,000 Briefe, statt wie sonst 80,000, im Durchschnitt hier vertheilt.

Großbritanien und Irland.

London, den 23. März. Zu Anfang der heutigen **Unterhaus-Sitzung** wurden die Aenderungen der **Schifffahrtsgesetze** im Ausschuß berathen. Hr. **Labouchere** zeigte an, daß er die Bestimmung, wonach fremde Schiffe in einem gewissen Grade, an der Küstenschifffahrt sollen Theil nehmen können, weil die Zollbehörden dies für unausführbar erachten, fallen lasse. Das Haus genehmigte, daß die Bill mit dem 1. Januar 1850 in Kraft trete.

London, den 23. März, Abends 9 Uhr. Die Minister haben erklärt, daß wenn sie heute Abend bei der Abstimmung über die Navigationsgesetze in der Minorität seien (Herr Labouchère hatte eine Modifikation in seiner ursprünglichen Proposition in Bezug auf die Küstenfahrt vorgeschlagen), sie abdanken würden. Bei Abgang unsers Berichts war die Debatte noch nicht geschlossen.

London, den 23. März. In der Unterhaussitzung vom 21. wurden die Ausschußberathungen über die Bill wegen Abschaffung des den Unterhaus-Mitgliedern zustehenden Vorrechts, wonach sie während der Session nicht zur Schuldhaft gebracht werden konnten, beendet. Das Haus beschloß, daß **seine Mitglieder**, **auch für die Dauer der Sitzungen**, von Gläubigern zur Haft gebracht werden können. Dasjenige Mitglied, welches einem Zahlungsbefehle des zuständigen Gerichtshofes nicht genügt, wird auf Antrag durch den Sprecher für ausgeschieden erklärt.

— Der katholische Bischof von London hat dem Papste 1200 Pf. Sterl. (8400 Thlr.) als Ertrag einer Sammlung in seiner Diöcese nach Gaeta übersandt. Der Papst hat sich mit seinen Klagen auch an den Präsidenten von Mexico gewandt und dieser den betreffenden Brief im Congresse verlesen lassen. Der Bischof von Cork (Irland) hat aus Gaeta, vom 16. v. M., ein Dankschreiben des Papstes erhalten, worin dieser zur Fortdauer der Gebete um Hülfe für die gesunkene katholische Kirche auffordert.

— In Canada herrscht gegenwärtig eine große Aufregung wegen der Indemnitätsbill, welche 180,000 Pf. St. als Entschädigung für die durch den Aufstand von 1837 herbeigeführten Verluste genehmigt. Die englische Bevölkerung der Colonie ist über diese Maßregel sehr empört. In einigen Städten hat man die Bildnisse der Cabinetsmitglieder, welche diese Maßregel vorgeschlagen, und selbst das des Gen.-Gouv. Ld. Elgin, welcher sie genehmigt, öffentlich verbrannt. Einige Zeitungen rathen zur **Steuerverweigerung**, als der wirksamsten Verwahrung.

Rußland und Polen.

Von der Russischen Grenze, den 21. März. Die **Peter-Pauls-Festung** ist bekanntlich das **Schatzhaus** des **Czarenreiches**, in welchem die Gold- und Silbersäcke stehen, die dem Papiergelde, mit welchem das Land überschwemmt ist, als Sicherheit dienen. Von Zeit zu Zeit melden die Petersburger Zeitungen dem staunenden Volke von den neuen Millionen, welche in die Festung transportirt worden seien; die letzte Ankündigung der Art erfolgte im Herbste v. J., wo $4\frac{1}{2}$ Mill. Rubel in Silberbarren und Goldmünzen nach Peter-Paul gebracht wurden. Damals blieben in der kaiserlichen Credit-Expedition noch über 5 Millionen baar zurück, seitdem sind aber an diese Behörde so bedeutende Ansprüche gemacht worden, daß kürzlich aus dem Gewölbe der Festung — zum zweiten Male seit dem Sommer v. J. — und zwar 5 Mill. wieder entnommen wurden. Dadurch ist der vorhandene Baarschatz auf $102\frac{1}{2}$ Million gefallen. Mit diesem scheinbaren Reichthume Rußlands ist es inzwischen, wie bereits mehrfach berichtet worden, nicht weit her. Die **Russischen Rüstungen** werden in der letzten Zeit auf eine großartige Weise betrieben; alles Militär im ganzen Reiche wird auf den Kriegsfuß gestellt. Die Gährung auf mehreren Punkten wird immer bedenklicher und es werden die ungeheuren Rüstungen wohl mehr dem innern als dem äußeren Feinde zu gelten haben.

Italien.

Venedig, den 15. März. Manin hat kraft seiner dictatorischen Gewalt folgende Verfügung erlassen: 1) Die Versammlung der Vertreter des Staates Venedig ist auf 14 Tage vertagt. 2) Alle Land- und Seeoffiziere werden sich unverzüglich auf ihre Plätze verfügen, um zur Ausführung der ihnen gegebenen Befehle bereit zu sein. 3) Die unter dem 18. August 1848 mobilisirte Bürgerwehr wird sich bereit halten, die Operationen der übrigen Truppen zu unterstützen. Vor ihrem Auseinandergehen hatte die Versammlung noch beschlossen, daß alle überflüssigen Waffen und Kriegsmaterialien Venedig's der Römischen Republik zugewendet werden.

Genua, den 19. März. Der Oesterreichische General Haynau hat die kleine, 3500 Einwohner zählende Stadt Lorco **verbrannt**, weil die Einwohner angeblich in ihren Booten Ueberläufer nach Venedig geschafft hätten!! — Von hier aus ist ein Eilbote der Sardinischen Regierung nach Florenz und Rom gereist, um 20,000 Mann und 2 Mill. Scudi für das Heer zu beantragen.

— Ueber die Stellung des piemontesischen und österreichischen Heeres enthält das „Journal des Debats" ein Schreiben aus Novara vom 16. März, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die piemontesische Armee ist 120,000 Mann stark, von welchen 65,000 gut geübte Soldaten sind. Die Artillerie besteht aus 160 Stück Geschütz. Die piemontesische Artillerie ist eine der besten in Europa, und deren Material ist vortrefflich. Die Reiterei zählt sechs Regimenter von 6—700 Mann und drei Schwadronen Guiden, jede von 100 Mann. Die österreichische Armee ist 105,000 Mann stark mit 190 Kanonen. Allein sie ist in zwei große Korps getheilt, deren eines das venetianische Gebiet, das andere die Lombardei besetzt hält. In der Lombardei stehen jetzt ungefähr 50,000 Mann, welche sich wahrscheinlich hinter dem Traviglio koncentriren werden, um den Piemontesen Mailand streitig zu machen; denn diese scheinen über Buffalora und Vigevano in die Lombardei ziehen zu wollen. Die Piemontesen werden wahrscheinlich gleich im Anfang über den Ticino und den Traviglio zu gehen haben, Angesichts des feindlichen Heeres, und diesem endlich die Schlacht liefern, wenn nach dem Ueberschreiten der beiden Flüsse die Oesterreicher sich nicht zum Rückzuge bewogen finden. Diese Operation muß als die schwierigste betrachtet werden, und sie wird dem General, der sie ausführt, die größte Ehre machen. Der linke Flügel des österreichischen Heeres streckt sich gegen Pavia, der rechte hinter Magenta aus. Das österreichische Heer ist gut, es schließt

aber viel Gährungsstoffe der Desorganisation ein. Es ist auch gewiß, daß die piemontesischen Soldaten für den lombardischen Krieg nicht begeistert sind. Die Lage der beiden Feldherrn ist also in diesen Beziehungen gleich. Allein die Oesterreicher haben eine Reihe von Stellungen hinter sich, welche den Piemontesen abgehen. Ein Sieg der letztern beendigt den Krieg noch nicht; eine Niederlage aber führt den Feind vor Turin." — Hiernach steht also der linke Flügel der piemontesischen Armee in Novara, der rechte in Voghera, das Centrum bei dem Reserve-Corps zu Allessandria und Casale. Die Avantgarde des linken Flügels steht zu Buffalora, vor Magenta (Straße nach Mailand), die des Centrums zu Vigevano und die des rechten Flügels zu Castel-San-Giovanni, auf der Straße von Voghera und Piacenza. Der Ticino fließt zwischen den beiden Heeren bis Pavia, wo der Po sie trennt, da Piacenza, welches am südlichen Ufer liegt, den Oesterreichern gehört. Das österreichische Heer hält natürlicher Weise die Gegenstellungen derselben Linie besetzt. Sein rechter Flügel zu Magenta befindet sich gegenüber dem linken der Piemontesen, während das Centrum sich in Pavia befindet und der linke Flügel sich über Piacenza hinaus, gegenüber dem rechten der Piemontesen befindet, welcher sich von Voghera nach Stradella und Castel-San-Giovanni erstreckt.

Neapel, den 16. März. Die Veranlassung zur Auflösung der Kammern ist folgende: Im Vorgefühle des ihr bevorstehenden Schicksals hatte die Deputirtenkammer sich vor allen Dingen mit der Berathung eines definitiven Wahlgesetzes beschäftigt, am 13. den von ihr in seinen einzelnen Bestimmungen aufgestellten Gesetzentwurf mit 77 gegen 7 Stimmen angenommen und solchen alsbald an die Pairskammer zur Zustimmung gesendet. Die Regierung ergriff diese Gelegenheit, die Auflösung auszusprechen. Die k. Verordnung wurde unter tiefem Schweigen der Versammlung verlesen, und die Abgeordneten verließen eben so lautlos den Saal. Es ist unmöglich, den Eindruck zu schildern, welchen diese Handlung der Regierung auf die Abg. hervorbrachte. Wuthentbraunt kehren sie in ihre Provinzen zurück, und es wird nicht lange dauern, bis die dort bereits herrschende Unzufriedenheit und Aufregung in hellen Flammen aufschlägt. — Der Stand der Dinge in Calabrien ist sehr beunruhigend. Es liegt das Schreiben eines der angesehensten und begütertsten Abgeordneten, Pignatelli, an den Minister des Innern vor, in welchem derselbe eine Zahl Drohbriefe von Räuberhäuptlingen an Gutsbesitzer mit Auferlegung großer Brandschatzungen vorlegt. Die Bezirke von Rossano, Monteleone und Castrovillar sind vorzugsweise mit solchen Banden bedeckt.

Türkei.

Konstantinopel, den 7. März. (D. A. Z.) Was die Verwickelungen zwischen der hohen Pforte und Rußland anlangt, so erfährt man, daß am 2. März bis in die Nacht hinein der Großherr selbst lange mit den hiesigen Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs konferirt hat; von Seiten Oesterreichs soll große Willfährigkeit für alle Wünsche Rußlands kundgegeben worden sein. Rußland soll 40 Tage zur entschiedenen Antwort des Großherrn, wegen des beabsichtigten Durchgangs seiner Flotte des schwarzen Meeres nach Neapel gestellt haben, und heute sind schon 21 Tage verstrichen. Während England und Frankreich entschieden davon abrathen, bietet Graf Stürmer Alles auf, um eine bejahende Antwort zu erzielen. Ob sich in Bezug auf die Frage der Donau-Fürstenthümer Oesterreich eben so freundlich für die russischen Absichten verhalte, wie man behauptet, bezweifeln wir sehr, denn hier ist das Interesse ein umgekehrtes. Man will wissen, daß von derselben Seite Schritte bei der Pforte geschehen seien, um die Zusammenkünfte und Vereine der hiesigen Europäer, namentlich auch der Deutschen, als staatsgefährlich darzustellen, indem sie unter irgend einem äußern plausibeln Scheine umwälzende Tendenzen verfolgten.

Griechenland.

Athen, den 6. März. Die Frage des deutschen Reichsgesandten Fürsten von Hohenlohe: „Wie viel Deutsche noch in Griechenland seien?" erzeugte eine Statistik, welche deren Verfasser, Philipp Müller, demnächst dem deutschen Parlamente vorzulegen gedenkt. Die Hauptergebnisse sind folgende: die Seelenzahl der Deutschen in Griechenland übersteigt nicht ein halbes Tausend (wie früher irrthümlich geglaubt wurde), sie erreicht fast ein ganzes Tausend. Verheirathet sind 184 Männer mit 124 deutschen Frauen, 46 Griechinnen, 4 Französinnen, 7 Italienerinnen, 2 Schweizerinnen und einer Dänin. Im Staatsdienste, als Aerzte, Professoren, Lehrer und Geometer sind angestellt 18. Militär-Invaliden 7. In der Armee dienen noch bei der Infanterie 6, Musik 12, Kavallerie 4, Artillerie 1, Ouvrierskompagnie 11 und Fuhrwesen 3. Von den Philhellenen leben noch, theils in Aktivität, theils in Disponibilität, 8. Aerzte praktiziren 19.

Kammer-Verhandlungen.

Sitzung der Zweiten Kammer vom 26. März.

(Schluß.)

Minister v. d. Heydt: Es ist hier auf die letzte Note der Regierung hingewiesen worden, und ich halte es für Pflicht eines jeden Mitgliedes derselben, welches seine Zustimmung zur Note vom 20. Januar gegeben, sich hierüber zu rechtfertigen. Ich gebe daher die bestimmteste Erklärung, daß in beiden Noten durchaus keine veränderte Politik liegt, sonst würde ich diese Stelle nicht mehr einnehmen.

Ich schließe mit der Versicherung, daß der österreichischen Note weiter kein Werth beigelegt worden, als insofern sie ihren Vorschlag der Frankfurter Nationalversammlung zur Disposition stellt.

Kirchmann: Ich gestehe, daß ich die Debatte nicht für so wichtig halte, als mancher Redner, und selbst die ganze Versammlung, welche ihr bereits den zweiten Tag widmet. Was wir beschließen, wird die Regierung in ihrer Politik nicht irre machen. Wir haben durch unsere Abstimmung eine Verfassung und sind in einem konstitutionellen Staate, haben aber noch immer keine konstitutionelle Regierung oder Ministerium, worunter nicht etwa ein solches zu verstehen, welches seine eigenen Ansichten mit Geschick vertheidigt, sondern ein solches, welches die von der Majorität angenommenen Prinzipien mit Hingebung und Offenheit ausführt. (Bravo links.) Ein solches haben wir noch nicht; ich will hier nicht einen Tadel aussprechen, aber es gehört Zeit und Selbstüberwindung von beiden Seiten dazu. Wir können also höchstens das bewirken, daß die Regierung ihre Absichten besser verdecke.

Es ist natürlich jeder Beschluß eines deutschen Einzelstaates durch Einzeln-Interessen gefärbt und droht die Gesammtstimmung in Frankfnrt zu entstellen. Die baierischen Stände wollen ihre Abgeordneten zurückrufen, wenn Oesterreich ausgeschlossen wird; und die sächsischen Stände haben geradezu gegen den preußischen Erbkaiser protestirt, nun sollen wir für den engern Bundesstaat und im Stillen für den Erbkaiser uns aussprechen. Was sollen dann die Frankfurter thun? Gerade die Dreistigkeit, mit welcher in der Adresse eine bestimmte Richtung vorgezeichnet wird, scheint mir ein Nachtheil gegen das Amendement, welches in bescheidener Mäßigung die speziellen Wünsche der Partei unterdrückt.

Außer diesem Formalen habe ich aber auch noch Bedenken gegen den Inhalt der Stelle des Entwurfs. Auf ein Lob der Regierung nach der Note vom 10. wird wohl auch die Adreß-Kommission, selbst nach der Erklärung des Herrn Ministers nicht bestehen. Außerdem wird hier 1) die Vereinigungstheorie und 2) der kleindeutsche Bundesstaat festgehalten; gegen welche ich mich erklären muß.

Ich habe mich in Bezug auf die Souverainetät der Frankfurter Versammlung nie mit meinen politischen Freunden einigen können. Ich will den Frankfurtern nicht Talent und Wissen absprechen, führe aber nur zwei Thatsachen an. In der Haupstadt, wo ich als Wahlmann an den Wahlberathungen Theil nahm, hörte ich häufig: „Das ist ein Mann von Entschiedenheit, von praktischer Brauchbarkeit, der muß hier bleiben; Jener ist ein Gelehrter, spricht schön, der kann nach Frankfurt gehen." (Heiterkeit.)

Noch weniger aber kann ich mich für das Prinzip der Vereinbarung erklären, welches mit einer einzigen Regierung nicht gelang, viel weniger bei 38 Regierungen möglich ist. Daher hatte wohl die Berliner Nationalversammlung Recht, keines der beiden Prinzipien zu formuliren, und auch wir dürfen heute nicht die Vereinbarungstheorie sanktioniren. Aber auch gegen den kleindeutschen Bundesstaat muß ich mich erklären, welcher eine Idee zerschneidet und die Begeisterung vernichtet. „Es soll aber Etwas geschehen!" Nun wohl, muß es denn gerade jetzt geschehen? Ein Haus baut man auf einen festen Grund, Sie bauen aber auf die österreichische Charte, die 14 Tage alt ist, und welche bei den Kriegen in Ungarn und Italien eine sehr unsichere Grundlage gewährt. Mein Wunsch wäre es, daß die Frankfurter Versammlung auseinander ginge, sich vertagte oder besser auflöste, nebst der Centralgewalt. Sie hat nur die Wahl zwischen einem kleinen Bundesstaat, der praktisch ist, aber nicht die Idee ausführt, oder dem großen Einheitsstaat, der eine große Idee, aber nicht ausführbar ist.

Ich will nicht in Abrede stellen, daß die Frankfurter Versammlung organische Gesetze für Ordnung und Freiheit erlassen hat, aber leider haben die Regierungen nur die ersteren erlassen. (Heiterkeit.) Eine Oktroyirung, wenn sie beschlossen ist, werden Sie dort eben so wenig verhindern, als es in Berlin gelang. Aber auch nach Auflösung jener Versammlung bleiben noch zwei Wege zur deutschen Einheit. Der erste, den ich nicht wünsche, wäre ein europäischer Krieg, welchen der erste Redner heute berührt. Ich glaube aber nicht an eine große Gefahr, sonst würde uns die Regierung die bezüglichen Dokumente vorgelegt haben, und wir wünschen, daß die Verschwiegenheit und der Rückhalt in Bezug auf äußere Angelegenheiten aufhöre. Aber auch ein positives Zeichen gegen solche Gefahr sehe ich darin, daß das Ministerium dem Drange nach Freiheit nicht nachgiebt, was bei Gefahr von Außen wohl geschehen würde. (Bravo! links.) Aber auch ein solcher Krieg würde die Einheit fordern, denn er vernichtet die kleinen Staaten.

Der sicherere, wenn auch langsamere Weg ist die Entwickelung der Freiheit in den Einzelstaaten. Die einzelnen Stämme setzen der Einigung keinen Widerstand entgegen. Betrachten Sie doch die deutschen Länder in Bezug auf Werke der Kunst, Wissenschaft, Religion, geselliges Leben, Handwerke u. s. w., sie finden überall Uebereinstimmung; nur ihre Geschichte wollen Sie nicht aufgeben. Ein Hinderniß der Einheit liegt nur in den Dynastieen und ihrem Anhang unter dem Militair u. s. w. (Bravo! links.) Man verbreitet aber absichtlich die Ansicht, als sollte die Geschichte der Einzelstämme vernichtet werden. Ich weiß auch noch ein anderes Mittel zur Einigung: Die Verkündigung der Grundrechte, diese werden ein festes Band um Deutschland bilden. Ich empfehle Ihnen also das Müller'sche Amendement. Der Entwurf ist praktisch, wo er es nicht sein soll und umgekehrt. Dem Inhalt nach enthält er Prinzipien, welche von der Einheit entfernen. Klammern Sie sich nicht an ein Organ der Freiheit, welches morsch geworden, es sind noch 38 junge und kräftige Organe da, und diese werden nicht ruhen, bis sie das Werk der Einheit vollbracht haben. (Bravo! links.)

Nachdem der Antrag auf Schluß der Debatte unterstützt worden, erhalten Schmitz und Blömer zu faktischen Berichtigungen das Wort.

Minister-Präsident: Ich glaube es der Regierung Seiner Majestät schuldig zu sein, auf eine Bemerkung des Abgeordneten Rodbertus zu antworten. Herr Rodbertus hat gesagt: Die Note vom 23. Januar stehe mit der vom 10. März im Einklange, die Erstere spreche sich nur nicht klar und deutlich aus. Die Regierung ist jedoch bei dem Erlaß der Note vom 23. Januar ebenso redlich und ehrlich zu Werke gegangen, wie bei allen andern Maßregeln. (Gelächter zur Linken.) Der Sinn jener Note ist einfach der: Es sei der Wunsch der Regierung, mit Zutritt von Oesterreich ein mächtiges, einiges Deutschland zu bilden. Sollte jedoch der Zutritt Oesterreichs nicht möglich sein, so würde sich die Regierung damit begnügen, ein inneres Deutschland mit Zustimmung der deutschen Regierungen zu organisiren und einzurichten.

Der Schluß der Debatte wird herbeigeführt.

v. Vincke (als Berichterstatter):

Wie man die preußische Note vom 23. Januar in dem Sinne eines Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich auslegen kann, begreife ich nicht. Im Gegentheil erklärt die preußische Regierung in jener Note, daß die Erstrebung eines Bundesstaates ihr Ziel sei, während Oesterreich gesagt hat: es werde nie zugeben, daß sich ein Bundesstaat bilde, an dem es nicht Theil nehmen könne.

Wenn auch die Wiener Schluß-Akte die Zustimmung aller Regierungen fordert, so ist doch die Bestimmung der Bundesakte nicht aufgehoben, wonach die deutschen Regierungen, unbeschadet ihrer Bundespflichten, auch andere Bündnisse zu knüpfen berechtigt sind. Bis zur Note vom 23. Januar ist kein Zweifel gegen das Streben der preußischen Regierung in mir rege geworden. Erst die Thronrede hat einigen Zweifel in mir erweckt durch die Hervorhebung der Worte: die Verständigung der deutschen Regierungen, Dieser Zweifel mußte dadurch erhöht werden, daß im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an die Stelle eines Mannes, dessen deutsche Gesinnung bekannt ist, der Graf Arnim trat, der der Botschafter Preußens zur Zeit Metternichs am österreichischen Hofe gewesen und der die Note vom 10. März gemacht hat. Das mußte Deutschland befremden. Der Vorwurf, den man jener Note machen kann, besteht gerade in dem, was der Minister des Auswärtigen von ihr sagte: daß sie gar nichts sagt. Ich erwarte aber von dem Ministerium eine treffende Politik und nicht eine nichtssagende. Man mußte die Note übrigens in Deutschland in einem Sinne deuten, der über die diplomatischen Floskeln hinausging. Sie ist in der Paulskirche verbreitet worden und hat auf die Abstimmung einen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Eine solche Politik — ich muß es wiederholen — ist der Regierung Sr. Majestät nicht würdig. (Große Bewegung. Bravo!) Wenn man die Note einfach interpretiren will, ohne ein geborner Diplomat zu sein, und ein solcher bin ich nicht, so ist ihr Sinn nur der, daß man die neuen Vorschläge Oesterreichs mit Befriedigung entgegen genommen habe. Dieser Politik des Ministeriums müssen wir allerdings unsere Anerkennung versagen; denn sie steht mit der früheren Politik im Widerspruch. Eine bloße Auslegung der Note durch die Räthe der Krone — wie sie hier erfolgt ist — kann uns nicht befriedigen; sondern wir müssen vor Europa erklären, daß wir zu einer solchen Politik unsere Zustimmung nicht geben. (Bewegung.)

Bei der Abstimmung wird — wie bereits mitgetheilt worden — der Passus des Kommissionsentwurfes, so wie das nachfolgende Amendement von Menzel angenommen:

„in dem neunten Absatze des Entwurf, anfangend mit „„Sollten einzelne Mitglieder,"" die beiden Worte
„überhaupt oder"
einfach wegzulassen."

18te Sitzung der Zweiten Kammer vom 27. März.

Präsident: Grabow.

Auf der Ministerbank: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Arnim, v. Strotha, v. d. Heydt.

Der Minister des Innern theilt mit, daß der über Kreuzburg und Rosenberg in Oberschlesien verhängte Belagerungszustand habe beseitigt werden können.

Hierauf trägt der Abgeordnete Seger den Bericht des Central-Ausschusses, betreffend die beantragte Einberufung des in Untersuchung und Haft befindlichen Abgeordneten, Justiz-Raths Groneweg aus Gütersloh, vor:

die Untersuchungshaft des Abgeordneten Groneweg für die Dauer der Sitzung der Kammer aufzuheben und die Einberufung desselben herbeizuführen."

Die Kammer tritt ohne Diskussion dem Antrage der Central-Abtheilung fast einstimmig bei. Auch die Minister stimmen für den Antrag.

Caspary verlangt, daß der Abgeordnete Groneweg durch telegraphische Depesche einberufen werde. Fortsetzung der Adreßdebatte.

Arntz: Zum ersten Mal ist heute die Kammer berufen, über auswärtige Angelegenheiten unter schwierigen Verhältnissen zu berathen. Die Thronrede sagt über die auswärtigen Angelegenheiten nur wenig, und der Adreß-Entwurf entspricht derselben. Es bedarf aber einer Initiative der Kammer, wie sie in dem Amendement Rodbertus ausgedrückt ist.

Man hat auf die Traktate von 1815 einen Einfluß auf innere Angelegenheiten begründen wollen, während nach dem Princip der Nicht-Intervention jedes Volk seine Verfassung selbstständig ändern kann. Demnach dürfen wir die Zirkularnoten, namentlich die bekannte russische Note, zurückweisen, und mit dem Präsidenten der nordamerikanischen Republik antworten: Keine Macht auf Erden darf es wagen, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. Es fragt sich nun, ob die preußische Politik stets eine nationale gewesen, ob auch sie im März v. J. einen Wendepunkt erreicht habe; obwohl es nicht allein vom Absolutismus und Konstitutionalismus abhängt, ob die Politik eine nationale sei. Wir haben zweierlei politische Traditionen, die eine ist die Politik Friedrichs des Großen, welche sein allgemein humanes Volksrecht begründete. Dieser Politik gegenüber steht diejenige, welche politischen Systemen den nationalen Vortheil opfert, wie dies z. B. bei uns geschah, als man durch Nichtanerkennung der Königin von Spanien den Schlesischen und rheinischen Gewerbfleiß, durch falsche Stellung gegen Belgien die Möglichkeit eines Kanals zwischen Maaß und Rhein opferte.

Ich komme jetzt zu Rußland. Hier sind wir seit 1815 stets das Opfer der heiligen Allianz geworden. Je weniger wir der russischen Politik in den Weg getreten, desto weniger Dank haben wir gehabt.

Eine Konsequenz der Politik der heiligen Allianz ist fernrr unsere Unpopularität in Deutschland. Wären die Verheißungen des Jahres 1815 schon früher in Erfüllung gegangen, so würde sicherlich unsere Stellung in Deutschland eine andere sein als sie jetzt in der That ist. Während die süddeutschen Staaten schon längst konstitutionelles Leben besaßen, waren wir noch immer der Bundesgenosse des Absolutismus.

Ich will nicht den Krieg und gehöre nicht zu denen, welche einen Kreuzzug gegen Rußland predigen; aber unsere Gefahren drohen uns aus dem Norden. Erst wird Rußland nach Konstantinopel gehen und dann vielleicht — es ist dieser Gedanke wenigstens vielfach ausgesprochen worden — die Idee eines panslavistischen Reichs verwirklichen. Wenn man hieran aber auch nicht glaubt, so muß man doch zugeben, daß die innere Organisation Rußlands und daß überhaupt jeder größere Nachbar uns gefährlich ist.

Ich komme jetzt zuletzt auf die dänische Frage. An demselben Tage, wo die Thronrede von Friedenshoffnungen sprach, ging die dänische Note aus, welche den Waffenstillstand kündigte. Ich will hier nicht das Ministerium interpelliren, wie es mit den Vertheidigungsmitteln steht. Jedenfalls hätte das Ministerium in dieser europäischen Frage eine ganz besondere Thätigkeit entwickeln müssen. Der Redner liest mehrere Noten auswärtiger Mächte vor. Das Ministerium hätte es diesen Mächten klar machen müssen, daß der Krieg mit Dänemark nicht aus Eroberungssucht geführt wird.

Der Adreß-Entwurf ist zu kriegerisch; wenn wir dagegen das Rodbertus'sche Amendement annehmen, so werden wir unser Ziel vollständig erreichen. (Beifall.)

Minister des Auswärtigen: Der Redner hat dem Ministerium den Vorwurf gemacht, daß in der dänischen Angelegenheit nichts geschehen sei. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Eine Verständigung über die Friedensbasis ist natürlich nicht das Werk einiger Tage. Die Basis aber ist festgestellt worden, und da es nur noch auf kleine Differenzpunkte ankommt, so wird es trotz der Aufkündigung des Waffenstillstandes doch hoffentlich bald wieder zu Friedenspräliminarien kommen. Die Hauptleitung dieser Angelegenheit liegt übrigens der deutschen Centralgewalt ob.

Schluß der Debatte.

Zuerst kommt das Amendement von Rodbertus und Genossen zur Abstimmung. Dasselbe lautet:

„Wir haben gern vernommen, daß die friedlichen und freundlichen Beziehungen Preußens zu den fremden Staaten im Allgemeinen keine Störung erlitten haben. Wir hegen die Erwartung, daß Euer Majestät Regierung mit Aufmerksamkeit den Bewegungungen dieser Staaten folgen und die Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und der Ehre, der wahren Interessen Deutschlands wie Preußens geltend machen wird. Bei Befolgung solcher nationalen Politik kann auch die erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes von Malmoe Seitens der Krone Dänemarks uns die Hoffnung nicht rauben, daß die Differenzen mit diesem Lande, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, endlich auf eine befriedigende Weise erledigt werden."

Das Amendement von Rodbertus wird mit 182 gegen 150 Stimmen verworfen, desgleichen das von d'Ester und von Wesendonck und der 10 Abschnitt des Adreß-Entwurfs mit großer Majorität angenommen.

Der 11. Abschnitt desselben wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgen die Zusatz-Amendements, die Polenfrage betreffend.

Nach kurzer Debatte wird d'Esters Amendement verworfen und der Kommissions-Entwurf angenommen.

Die Adreß-Debatte ist geschlossen.

Morgen um 12 Uhr wird sich die Kammer endgültig über die ganze Adresse entscheiden.

Schluß 3 Uhr.

Locales ꝛc.

* Posen, den 29. März. Aus Kurnik wird uns aus zuverlässiger Quelle von argen Excessen gemeldet, welche das Schrimmer Landwehrbataillon während seines dortigen Aufenthalts sich zu Schulden kommen ließ. Bandenweise zogen sie durch die Stadt, und warfen in allen Häusern, wo Juden wohnten — dienstfertige Bürger des Städtchens vertraten durch mündliche Anweisung die Stelle des Adreßkalenders — die Scheiben ein. An einigen Stellen wurden die Fensterladen erbrochen, die Rahmen ausgehoben, im Innern das Hausgeräthe zertrümmert, die Möbels mit der Axt zerschlagen. Einem armen Juden leerten sie den kleinen Kramladen, einem andern warfen sie das Getreide in den Sumpf. Püffe, Stöße und Ohrfeigen waren an der Tagesordnung, an einem Orte wurde sogar blank gezogen. Die Offiziere waren nicht im Stande diesen Rohheiten Einhalt zu thun. — Wenn das am grünen Holz

geschieht, wenn Polnische Landwehrmänner, während sie die Preußische Uniform tragen, in dieser Weise hausen, so liegt allerdings, auch ohne daß man vom „bösen Gewissen" gedrückt wird, der Gedanke nahe, was bei einem abermaligen Losbruch wohl zu erwarten stände. Wird sind neugierig, wie die „Zeitung des Osten" diese Vorfälle beleuchten und in ihrer Weise vermitteln dürfte. Nur müssen wir sie warnen, von der alten Jesuitenregel: si fecisti, nega, nicht zu häufig Gebrauch zu machen.

— Die „Zeitung des Osten" Nr. 16. giebt in ihrem Bericht über die Verhandlungen der Frankfurter Reichsversammlung dem aus der Abstimmung hervorgegangenen §. 1 der Verfassung folgenden Wortlaut: Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen Deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten. Hier liegt ein offenbares Falsum vor, da die in der Schrift hervorgehobenen Worte unächt sind, und ein von der Zeitung des Osten oktroyirtes Einschiebsel bilden. Aber wie kindisch diese Entstellung! Oder schmeichelte sich etwa das erwähnte Blatt, man würde in künftigen Jahren bei eventuellen Fällen auf ihre Angaben als urkundliche Quelle zurückgehen?

Das Prophezeien ist in unseren Tagen zwar ein sehr undankbares Geschäft, doch wagen wir auf die Gefahr hin, unseren Prophetenruf aufs Spiel zu setzen, eine kleine Voraussagung. Morgen oder übermorgen wird die „Zeitung des Osten" einen Artikel etwa des Inhalts bringen, daß „leider" die von den Juden in Schrimm gegen die „Landwehrwaisen" ausgestoßenen Verhöhnungen in den Excessen der Landwehrmänner gegen die Juden in Kurnik einen „bedauerlichen" Rückschlag gefunden hätten, wobei denn der Behörde die gelegentlichen Vorwürfe nicht erspart werden dürften, daß sie bei der bekannten „Gereiztheit gegen die Juden" für das Unterkommen der Polnischen Landwehrleute nicht zweckmäßigere Sorge getragen hätte. Trügen uns nicht alle Zeichen, so ist der im heutigen Blatt der „Zeitung des Osten" (Nr. 16.) mitgetheilte Artikel aus Schrimm ein Vorläufer des von uns hier angekündigten und die punktirkte Lücke in demselben zur Ausfüllung für morgen oder übermorgen vorbehalten. Wir werden die in ihrer Gehässigkeit gegen die Juden beobachtete Taktik der „Zeitung des Osten" ein anderes Mal näher beleuchten.

†* Bromberg, den 26. März. Gestern fand hier die Erinnerungsfeier an die vor einem Jahre erfolgte Erhebung der Deutschen Bewohner Brombergs statt. Der Schützensaal war zu diesem Zwecke festlich dekorirt, eine bedeutende Anzahl Deutscher Männer und Frauen, — auch diese hatten sich ziemlich zahlreich eingefunden — waren gegen 5 Uhr in diesem Lokale vereint. Musik und ein patriotischer Gesang der Liedertafel eröffnete das Fest. Dann sprachen sich einige Redner über die Bedeutung des Tages mit Rücksicht auf die jetzigen Zeitverhältnisse überhaupt aus, und zuletzt ward unserem Könige, als von dem der Gedanke der Deutschen Einheit ausgegangen sei und der ihn auch in's Leben setzen werde, ein Hoch gebracht. Das bekannte „Heil Dir im Siegerkranz", von der ganzen Versammlung gesungen, schloß diesen ersten Theil der Feier. Am Abende fand ein Ball statt.

† Schildberg, den 26. März. Die Angelegenheiten der Schule fordere, wie im Allgemeinen, so auch in unserm Kreise eine besondere Berücksichtigung. — In den Städten ist zwar das Schulwesen in ziemlicher Ordnung; doch leidet Kempen durch den chaotischen Zustand seines Schulwesens. Hier sind 10 Elementarlehrer und doch keine Communalschule. Hier spalten sich die Kräfte für die Erhaltung eines katholischen, evangelischen und jüdischen Schulsystems; außerdem erhält noch der Staat zum Nutzen der Gerichtsbeamten eine sogenannte Rektorschule. (Realklasse.) Gewiß wäre es wünschenswerth, alle diese partikularistischen Anstalten zu einem großen Institute zu vereinen. Das ist auch die Absicht des dasigen Bürgermeisters gewesen; er ist aber mit seinen Planen nicht durchgedrungen. Wenn auch der Landrath in diesem Falle auf das Schulwesen einer Stadt, welche ihre eigene Verwaltung hat, keinen unmittelbaren Einfluß äußern kann, so ist doch möglich, daß er durch gelegentliche Einwirkung einer guten und nützlichen Idee den Sieg zu verschaffen suche. — Auf dem Lande ist das Schulwesen hin und wieder in Unordnung gerathen. Die Lehrer des Kreises nehmen an den Reformbestrebungen der Schule Theil; die evangelischen Geistlichen waren dafür, während die katholischen auf den Kanzeln dagegen eiferten. Ihre leidenschaftliche Polemik machte den gemeinen Mann gegen den Lehrer, der keinen Ort und kein Organ hatte, die Irrthümer der Zeloten zu berichtigen und ihre gehässigen Insinuationen abzuweisen, in dem Maaße mißtrauisch, als der Geistliche des Ortes die Gefahr der Religion als groß und bedeutend geschildert hatte. Die Zeitereignisse verschlimmerten noch die Kreise. — Als die Konstitution vom 5. December v. J. erschien, da glaubten einzelne Gemeinden aus den §§. 19 bis 23 die Befugniß herauszulesen, die Schulen nach Belieben zu schließen und die Lehrer zu entlassen; die Besten waren der Ansicht, daß sie ihre Lehrer willkührlich auf die Hälfte des Gehaltes herabsetzen könnten. — Aus diesen Mißverständnissen schreiben sich die Excesse her, welche hin und wieder vorgekommen und in Kierzno am stärksten gewesen sind. — Natürlich ist unter solchen Umständen der Schulbesuch mangelhaft; die Bildung schreitet nicht vor- sondern rückwärts; eine totale Verwilderung wäre in 10 Jahren unsere aus Mißdeutung erwachsene Errungenschaft des Jahres 1848. — Hier läßt sich nur helfen, wenn der neue Landrath überall die Ordnung herstellt, die rückständigen Gehaltsforderungen der Lehrer so weit möglich einziehen läßt, die Lehrer in ihrem Amte und in ihrem Rechte schützt und einen regelmäßigen Schulbesuch durch Anwendung der gesetzlichen Mittel wieder herstellt. — Die Sache ist um so wichtiger, als man überzeugt sein darf, daß wenn noch die Schule und Kirche in unsern Tagen der Zerrissenheit sich auflösten, gar kein Halt und keine Festigkeit mehr in die zerfahrende und sich zersetzende Gesellschaft zu bringen wären.

†† Jaraczewo im 27. März. Auch wir hatten im Laufe dieses Monats Gelegenheit zu sehen, welcher entschiedene gute Geist unter der Polnischen Landwehr herrscht und wie sehr wenig die Machinationen gewisser Leute geeignet sind, die Landwehrleute ihrer Pflicht abwendig zu machen. — Eine schlichte Erzählung einer Thatsache wird unsere Behauptung rechtfertigen. — Am 11. d. M. war hier eine Controllversammlung der Landwehr und wie gewöhnlich erhitzten sich die Köpfe nach reichlichem Genusse des Branntwein; diejenigen, die zur Zeit der Insurrektion als Sensenmänner gedient hatten, wurden alsbald der Gegenstand der verschiedenartigsten Neckereien. — Diese erbost, nahmen Veranlassung der Thaten der Landwehr während der Insurrektion nicht eben lobenswerth zu gedenken, was die Neckenden so erzürnte, daß sie alsbald tüchtig darauf los schlugen. — Einen hatte man bereits so geschlagen, daß man an seinem Aufkommen zweifelt, einem andern hatte man ein Auge ausgeschlagen, bis endlich der Bürgermeister Telke durch Aufbietung der zuverläßigsten Bürger mit diesen sich in den Gasthof begab, und die Ruhe daselbst durch Zureden herstellte. — Der Gestellungsordre folgten die meisten Landwehrleute sehr gern, und wenn bei der Entlassung nicht immer die zu Hause am wenigsten Entbehrlichen entlassen wurden, so murrte doch keiner.

Markt-Bericht.

Berlin, den 28. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—57 Rthlr. Roggen loco 24—25 Rthlr., schwimmend 23—$24\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Frühjahr 82pfünd. $22\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $22\frac{1}{4}$ G. Mai/Juni $23\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 24 G., Juni/Juli 23 Rthlr. Br., $23\frac{1}{2}$ G., Juli/Aug. 25 Rthlr. Br., $24\frac{1}{2}$ G. Gerste, große loco 21—22 Rthlr., kleine 17—19 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 13—14 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 13 Rthlr. Br., $12\frac{1}{2}$ G. Rüböl loco $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{8}$ G., pr. März $14\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ bez., März/April $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 G., April/Mai 14 Rthlr. Br., $13\frac{5}{6}$ G., Mai/Juni $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{2}{3}$ G., Juni/Juli $13\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{2}$ G., Juli/Aug. $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ a $\frac{3}{8}$ G., Aug./Sept. $13\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., Sept./Oktbr. $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ bez., Okt./Nov. $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 13 bez. Leinöl loco $11\frac{1}{8}$ Rthlr., Lief. pr. April/Mai $10\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $10\frac{1}{2}$ G.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{3}{4}$ Rthlr. verk. u. Br., pr. März $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., April/Mai $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., Mai/Juni $15\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 15 G., Juni/Juli $15\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G., Juli/Aug. $16\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 16 G.

Berliner Börse.

Den 28. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	$100\frac{1}{4}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{7}{8}$	$79\frac{1}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$99\frac{1}{4}$	$98\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{1}{2}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{7}{8}$	$80\frac{1}{2}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$	$89\frac{3}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{7}{8}$	$92\frac{3}{8}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{7}{8}$	$92\frac{3}{8}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$87\frac{1}{4}$	$86\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{5}{6}$	$12\frac{1}{3}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	$73\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	4	$87\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	$50\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	91	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	53
" " Prior. A. B.	4	$83\frac{1}{2}$	—
" " "	5	94	—
Berlin-Stettiner	4	—	$84\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	75
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	109	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$71\frac{1}{4}$	—
" Prioritäts-	4	86	$85\frac{1}{2}$
" "	5	$98\frac{1}{4}$	—
" " III. Serie	5	—	$93\frac{1}{4}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{3}$	90
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{3}$	90
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$48\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{2}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 18. bis 24. März.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
18. März	— 0,9°	+ 0,8°	27 Z. 9,0 L.	NW.
19. "	— 6,0°	+ 1,0°	27 " 10,2 "	NW.
20. "	— 3,2°	+ 1,4°	27 " 9,0 "	N.
21. "	— 1,0°	+ 2,2°	27 " 10,0 "	N.
22. "	— 2,2°	+ 3,5°	28 " 1,2 "	NW.
23. "	— 3,0°	— 0,8°	27 " 11,3 "	NO.
24. "	— 4,2°	— 2,0°	27 " 8,0 "	NO.